

Die Zukunft redet mit – Politikberatung aus der Jugendsozialarbeit

Ulrike Bahr, Vorsitzende des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Deutschen Bundestag

Sehr geehrte Damen und Herren,

liebe Festgäste!

„Zukunft ist immer“ – unter dieses Motto hat die BAG EJSÄ ihren 75. Geburtstag gestellt. Das ist ungewöhnlich, laden runde und halbrunde Jubiläen doch meist zur Rückschau ein. Aber es passt zu einem Verband, der sich als Anwalt junger Menschen versteht. Denn Jugend ist immer Zukunft, auch in einer Zeit vielfältiger Krisen. Es gefällt mir sehr, dass Sie schon mit Ihrem Motto daran erinnern! Denn darin enthalten ist ja auch die Aufforderung, sich zu engagieren und daran zu arbeiten, dass diese Zukunft gut wird.

Statt mit Jugendsprache möchte ich heute meine Keynote mit einem lateinischen Zitat anfangen: **Nihil de nobis, sine nobis**. Dieses „Nichts über uns – ohne uns“ ist ein sehr alter politischer Slogan, den zuletzt Verbände von Menschen mit Behinderungen in den Diskussionen um das Bundesteilhab-Gesetz wieder belebt haben. Aber schon vor 500 Jahren gab es die nachdrücklich vorgetragene Forderung, bei allen politischen Entscheidungen vor allem diejenigen zu hören, um die es geht, die es betrifft, die unmittelbar die Folgen der Gesetze und Erlasse zu tragen haben. Das gilt nach wie vor.

Und es gilt besonders für alle Politik, die die junge Generation adressiert. In den Corona-Jahren ist zu Recht darüber geklagt worden, dass junge Menschen wenig gehört und einbezogen wurden und mit ihren Bedarfen und Nöten in der öffentlichen Debatte nicht durchkamen. Das war zwar erklärbar angesichts der Unsicherheiten, der Ängste, die von schockierenden Nachrichten aus Wuhan und Bergamo ausgelöst wurden und dem eigenen Erleben von Sterbefällen in Seniorenheimen. Aber auch nachdem sich die ersten Unsicherheiten gelegt hatten, es eine Impfung gab und relativ gute Erkenntnisse über die Verbreitungswege des Virus, hatten junge Menschen den Eindruck, dass ihre Meinung, ihre Empfindungen und ihre Bedürfnisse nicht zählen.

Das wirkt leider bis heute nach. Wir sehen die Folgen in einer weiterhin hohen psychischen Belastung junger Menschen ebenso wie in großer Skepsis gegenüber politischen Parteien. Und die vielfältigen Krisen unserer Gegenwart machen die Sache nicht leichter: Auf die Pandemie folgte der Krieg in der Ukraine und in Gaza, begleitet von Energieversorgungskrise und Inflation und alles auf dem Hintergrund der Klimakrise, über die zwar weniger gesprochen wird, die aber bedrohlicher ist als je zuvor. Das 1,5-Grad-Ziel wird nicht mehr zu halten sein, heißt es in Vorbereitung der UN-Klimakonferenz COP29, die nächste Woche in Baku beginnt.

Der unfriedliche Zustand der Welt, die globale Erwärmung, unser schwindender Wohlstand: Das alles betrifft die junge Generation am stärksten. Auch in den klassischen Politikfeldern für junge Menschen gibt es viel Handlungsbedarf: bei guten Bildungsmöglichkeiten, bei der materiellen Absicherung für Familien, bei bezahlbarem Wohnen, bei Hilfen für die Berufsorientierung und den Berufseinstieg, bei einem hochwertigen Angebot für Sport, Jugend-Treffs, Musik oder kreative Gestaltungsräume. Letzteres hatte das Familienministerium im Kopf, als 2023 das Zukunftspaket für Bewegung, Kultur und

Gesundheit aufgesetzt wurde. In diesem Programm war eine Bedingung für die Genehmigung von Projekten, dass sie gemeinsam mit den jungen Menschen entwickelt wurden. Ein richtiger Schritt für einen neuen Ansatz und eine konsequente Umsetzung von „Nichts über uns – ohne uns“! Wegen der kurzen Vorlaufzeiten und der insgesamt viel zu kurzen Laufzeit war damit leider trotzdem keine nachhaltige Wirkung zu erzielen.

Dabei gibt es den klar formulierten politischen Willen, dass die Zukunft mitreden soll. Eine starke Jugendbeteiligung war von Anfang an ein großes Anliegen der drei Ampel-Fraktionen. Im Koalitionsvertrag haben wir deshalb einen Nationalen Aktionsplan für Kinder- und Jugendbeteiligung vereinbart, der im November 2022 gestartet ist. Ein erstes Ergebnis war unter anderem eine Broschüre zu Qualitätsstandards in der Jugendbeteiligung. Diese mit dem Bundesjugendring erarbeitete Broschüre ist sicher auch bei der BAG EJSÄ bekannt. Sie ist nützlich auf allen politischen Ebenen, in Kitas und Schulen, im Sport, in der außerschulischen Bildung und in der allgemeinen Jugendarbeit. Auch die Jugendsozialarbeit ist darin extra adressiert. Denn auch Mitsprache will gelernt sein, damit sie Freude statt Frust erzeugt.

Die Bedarfe dafür sind da. Die Shell-Jugendstudie, die Mitte Oktober vorgestellt wurde, stellt fest: Die Jugend ist politischer denn je. 55% bezeichnen sich aktuell als politisch interessiert. Noch in den 1990er und den 2000er Jahren lagen diese Werte viel niedriger. Aus meiner Sicht ist auch erfreulich, dass es kaum mehr Unterschiede zwischen Mädchen und Jungen gibt. Politik ist ganz offensichtlich keine „Männersache“ mehr. Etwa die Hälfte der 12 bis 25-Jährigen informiert sich aktiv über Politik und etwa ein Drittel ist auch bereit zu politischem Engagement – allerdings nicht unbedingt in Parteien.

Am Interesse scheitert es also nicht. Das merke ich auch an meinen eigenen Begegnungen mit jungen Menschen. Häufig sind Schulklassen bei mir zu Gast. Als ehemalige Mittelschullehrerin lege ich Wert darauf, dass nicht nur Gymnasien kommen, sondern lade oft Mittel- und Förderschulen ein. Ich glaube deshalb, dass mein Eindruck recht aussagekräftig ist. In den Schulklassen geht es in letzter Zeit sehr häufig um Angst vor dem Krieg, die Konflikte in der Ukraine und in Gaza. Aber auch Armut und Ungleichheit treiben die Schülerinnen und Schüler um. Der Klimawandel ist weniger präsent als vor der Pandemie, aber natürlich weiter ein wichtiges Thema. Meine Wahlkreis Augsburg ist eine sehr diverse Stadt, mehr als die Hälfte der Einwohner*innen haben eine Migrationsgeschichte. Da ist es besonders problematisch, dass viele junge Menschen sich vor Ausländerfeindlichkeit sorgen und sich von der biodeutschen Bevölkerung abgelehnt fühlen. Mit diesem Themenspektrum sind die Augsburger Jugendlichen durchaus repräsentativ, wenn ich das mit der bereits erwähnten Shell-Jugendstudie abgleiche.

Ein solcher Austausch mit Schulklassen und Besuchergruppen ist wichtig für mich, aber natürlich keine Jugendbeteiligung im engeren Sinne. Dafür braucht es andere Formate, Vorbereitung und Unterstützung. In den letzten Jahren habe ich als Vorsitzende des Familienausschusses verschiedene Beteiligungsformate erproben können. Als sehr gewinnbringend habe ich zwei Hearings erlebt, die wir 2022 und 2023 im Bundestag durchgeführt haben: Eines für junge Menschen, die in der Jugendhilfe in betreuten Wohnformen aufwachsen bzw. aufgewachsen sind, und ein weiteres für Pflegekinder, Pflegeeltern und Herkunftseltern. Für das Gelingen dieser Veranstaltungen gab es einige zentrale Voraussetzungen: Mit dem Careleaver e.V. hat sich den letzten Jahren eine Selbstvertretungsorganisation von jungen Menschen gebildet, die in der Jugendhilfe aufgewachsen sind. In etlichen Bundesländern haben sich Heimbeiräte aus Jugendhilfe-

Einrichtungen auf Landesebene zusammengeschlossen. Mit dem Forum Heimerziehung und dem Forum Pflegekinderhilfe, beide moderiert von der Internationalen Gesellschaft für erzieherische Hilfen IGfH, gab es mehrjährige Prozesse, in denen mit Unterstützung aus Verbänden und Wissenschaft Beteiligung junger Menschen ermutigt, unterstützt und letztlich ermöglicht wurde – auch und gerade für besonders Benachteiligte. Dabei haben gerade die direkt vermittelten Botschaften der Betroffenen eine besondere Kraft und bleiben im Gedächtnis.

Wenn junge Menschen einen tieferen Einblick in unsere Arbeit im Bundestag bekommen wollen, sind Hospitationsprogramme ein guter Weg. Die Bundestagsverwaltung und die Fraktionen bieten verschiedene Formate an. Klassiker sind „Jugend und Parlament“ oder die Jugendmedientage, aber es gibt auch spezielle Programme in Zusammenarbeit mit Verbänden und einzelnen Fraktionen, zum Beispiel für junge Menschen, die sich in Jugendverbänden engagieren, in Kirchen, in der Gewerkschaftsjugend und so weiter.

Allerdings erreicht man mit solchen Programmen immer nur eine vergleichsweise kleine Zahl besonders Engagierter. Das ändert nichts daran, viele junge Menschen den Eindruck haben, dass wenig in ihrem Sinne vorangeht. Die große Enttäuschung nach der Corona-Pandemie lässt sich nicht so schnell auflösen. Ich zitiere noch einmal die Shell-Studie mit einer Zahl: 40% der jungen Menschen fühlen sich häufiger benachteiligt, gut 50% beklagen das Gefühl eines Kontrollverlusts. Hier haben wir etwas gutzumachen.

Es bleibt auch das Problem, dass man nicht alle einbeziehen kann, auch wenn Distanzen in Zeiten von Videokonferenzen nicht mehr unüberwindbar sind. Die Zeit bleibt dennoch endlich. Außerdem ist es wichtig, Anliegen zu bündeln und für politische Entscheidungsprozesse aufzubereiten. Timing ist wichtig: Welche Änderungen sind in Arbeit? Wo kann ich mich mit meinen Forderungen anhängen? Wie kommen meine Themen in Wahlprogramme, in Koalitionsverträge, in Anträge und Programme? Dafür ist es schon gut, professionelle politische Lobbyarbeit zu haben. Denn neben den Formaten mit den jungen Menschen selbst finden sehr viele Gespräche und Termine mit ihren Fürsprechern statt. Mit der BAG EJSA treffe ich mich regelmäßig in verschiedenen Formaten: in kleiner Runde zu Spezialthemen und Fachfragen, zu einem größeren, fraktionsübergreifenden Austausch, wie er zum Beispiel regelmäßig zur den Jugendmigrationsdiensten stattfindet oder auch im Rahmen von Anhörungen zu Anträgen und Gesetzen, wenn die BAG EJSA als Sachverständige angefragt wird.

Erstmals in diesem Jahr hat mich die Evangelische Jugendsozialarbeit zu einem Strategieworkshop eingeladen, bei dem es auch um die Frage ging, wo Politikberatung am besten ansetzen kann. In jedem Fall ist es immer wichtig, für das nötige Geld zu werben. In den letzten Jahren galt es leider stets, Kürzungen abzuwehren, statt für die nötige Dynamisierung und Aufstockung der Mittel zu werben. In jedem Fall ist es sinnvoll und wichtig, sich zur Haushaltsaufstellung und vor den Haushaltsberatungen in Erinnerung zu bringen. Nach der Bereinigungssitzung des Haushaltsausschusses ist es zu spät. Änderungen sind dann nicht mehr möglich. Gerade als Initiative junger Menschen ist es immer sinnvoll, die Anliegen und Bedarfe nicht nur an die Fachpolitiker*innen zu geben (die sind meist sowieso überzeugt), sondern auch über die Wahlkreisabgeordneten der verschiedenen demokratischen Parteien zu gehen. Und am besten nicht nur mit einem Brief oder einer Mail. Denn Politik braucht Anschauung! Wo immer es möglich ist, sollten Sie Abgeordnete vor Ort einladen, mitnehmen, zeigen statt reden. Das prägt sich viel besser ein. Wir haben so viele Papiere, das rauscht einfach durch. Begegnungen und Anschauung prägt sich ganz anders

ein. Denn dann wird Information mit Emotion verbunden. Da funktionieren Politikerinnen nicht anders als Schüler.

Ich möchte sehr dazu ermutigen, Schwellenängste zu überwinden und die lokalen Mandatsträger und ihre Büros anzusprechen. Denn von Vernetzung gewinnen am Ende alle: Haben Sie keine Angst vor demokratischen Parteien! Die Ortsvereine der Parteien vernetzen sich gerne mit den Einrichtungen im Viertel. Da sollte es nicht zu viele Vorbehalte und Berührungängste geben: Man muss nicht alle Positionen einer Partei teilen, um mal bei einer Sitzung über die Arbeit des lokalen Jugendzentrums oder die Aktivitäten des Jugendmigrationsdienstes zu berichten. Damit kann man kommunale politische Unterstützung organisieren, auch über die Jugendhilfeausschüsse hinaus. Man kann aber auch an Anträgen mitarbeiten und wichtige Themen damit in die Parteien tragen. Das geht nicht nur über den Bundestag, sondern auch über die örtliche Ebene. Angenommene Anträge werden zur Beschlusslage einer Partei und können ihren Weg finden in Wahlprogramme und Koalitionsvereinbarungen.

Eine ganz große Tugend in der Politikberatung ist Ausdauer. Bleiben Sie dran: In Kommunalbehörden, in Ministerien auf Bundes- wie Landesebene und auch in Abgeordnetenbüros ist oft viel los, manchmal gehen Dinge unter. Beharrliches, freundliches Nachfragen führt aber häufig zum Ziel. Und denken Sie daran, dass auch Ihr Gegenüber Ausdauer und Geduld braucht. Ein einzelner Mitarbeiter einer Behörde oder ein einzelner Mandatsträger kann nicht viel bewirken. Man muss Verbündete suchen, sein Thema immer wieder spielen, dafür werben und muss oft einen sehr langen Atem haben.

Grundsätzlich möchte ich Sie ermutigen für die nächsten 75 Jahre: Denn **die Zukunft redet mit**. Die demographische Entwicklung ist gegen die Jugend und macht sie zur Minderheit, der Trend ist es aber nicht.

Es stimmt schon: Es gibt mehr Wählerinnen und Wähler bei den Alten. Die etablierten Parteien mögen sie, denn die Älteren gehen zur Wahl, haben noch eine stärkere Parteibindung und sind berechenbarer als die Jugend, die in einem Jahr die Grünen bevorzugt, im nächsten mehrheitlich die AfD wählt. Aber trotzdem möchte jede Partei die Jugend gewinnen, denn Jugend ist Zukunft! Das schlägt sich inzwischen auch in den Listen und den Parlamenten nieder. In der SPD-Bundestagsfraktion waren 2021 nach dem Wahltag 25% der Fraktion im Juso-Alter, also unter 35 Jahre. Die jüngste Abgeordnete meiner Fraktion ist in der letzten Sitzungswoche 24 Jahre geworden. **Die Jugend redet mit!**